

men. Wie bei der Initiative von *James Schwarzenbach* gegen die Überfremdung, so zeigte sich hier einmal mehr, daß bei stark gefühlsgeladenen Fragen weder das Parlament noch die Parteien, weder die Kirchen und Gewerkschaften noch die Presse die Stimmungen des Volkes repräsentieren. Ja, es scheint sich ein latentes Mißtrauen bereits so weit ausgebreitet zu haben,

daß ein großer Teil des Volkes eher auf irgendwelche Behauptungen, sofern sie ein bestimmtes Gefühl ansprechen, hört, als auf die fast einhellige Aussage aller politisch und gesellschaftlich führenden Leute. Für die schweizerische Demokratie stellen sich von hier her einige Fragen, die weit über den Rahmen der Abstimmung vom 20. Mai hinausgehen.

Synode, „als vordringliches Thema doch Not und Verheißung der Predigt bzw. Verkündigung auf die Tagesordnung zu setzen“. Einerseits sei eine *überraschende Stabilität der Volkskirche* festzustellen, andererseits aber auch „das Abbröckeln an den Rändern, viel Gleichgültigkeit, die geringe Abendmahlsbeteiligung und die ab- und aufgehenden Wellen der Kirchenaustritte“. Die Gefahr einer „Religion ohne Entscheidung müsse in der Volkskirche ebenso gesehen werden wie die Möglichkeit vielfältiger Beziehungen zum gesamten Volk durch soziale Arbeit, Kindergärten und Diakonie — die evangelische Form der Caritas.

## Grundsatzfragen und Wahlen bei der Coburger Synode der EKD

Die fünfte Nachkriegssynode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nahm mit der Tagung vom 29. Mai bis 2. Juni in Coburg ihre Arbeit für die nächsten sechs Jahre auf. Kurz vorher hatten die Landeskirchen in der DDR, die sich 1970 aus dem Verband der EKD herauslösten und einen eigenen Kirchenbund gründeten, in Schwerin eine Synode gehalten. In Auswirkung der Ostverträge wurde dazu auch ein Ratsmitglied aus der bundesdeutschen EKD zugelassen. Umgekehrt konnte die Coburger Synode erstmals wieder seit 1961 einen offiziellen Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR begrüßen. Oberkirchenrat *Walter Pabst* (Ostberlin) verlas einen Brief der Schweriner Synode, in dem festgestellt wurde: Gerade weil die organisatorische Verklammerung weggefallen sei, werde die gegenseitige geistliche Mitverantwortung nur noch dringender.

### Generationenwechsel

In der Coburger Synode zeichnete sich deutlich ein Generationenwechsel ab. In Abschiedsreden suchten sowohl der bisherige Präses der Synode, Prof. *Ludwig Raiser* (Tübingen), wie der bisherige Ratsvorsitzende, der Bayerische Landesbischof *Hermann Dietzfelbinger*, den Extrakt ihrer Erfahrungen an die neue Synode weiterzugeben.

Die von der jungen Generation aufgelöste erhöhte Sensibilität für *Demokratie* wirke auch in die Kirche hinein, meinte Raiser. Dennoch sollte sich die Synode die staatlichen Parlamente nicht zum Vorbild nehmen. Eine Synode habe weniger die Aufgabe, Macht auszuüben oder zu kontrollieren, als vielmehr in die geistige Auseinandersetzung einzutreten, wie der Verkündigungsauftrag der Kirche wirksam zu erfüllen sei. Deshalb müßten auch nicht alle sozialen Schichten und Berufsgruppen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Anschauungen in der Synode vertreten sein. Wichtiger sei es, daß alle relevanten Meinungen zur Sprache kommen, wie die Kirche ihrem Auftrag gerecht werden kann; dabei seien auch Minderheiten zu berücksichtigen. Kirchliche Parteien, Fraktionen und Wahlkämpfe hielt Raiser für „indiskutabel“, setzte sich jedoch nachdrücklich für die Bildung von *Arbeitsgruppen* ein, damit sich die Synodalen, die sonst leicht in die Vereinzelung gerieten, über gemeinsame Überzeugungen, Argumente und Ziele vorverständigen und Anträge vorbereiten könnten. Unter Umständen müßten für solche Arbeitsgruppen auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Dietzfelbinger beklagte in seinem Rechenschaftsbericht, daß *Gewißheit* in der Kirche „ein etwas fremdes Wort“ geworden sei und empfahl daher der

Dietzfelbinger schnitt auch die Frage einer „*konsequenten Trennung von Kirche und Staat*“ an, die in letzter Zeit mehrfach gefordert wurde. Dazu meinte er: Das im 19. Jahrhundert entwickelte deutsche Staatskirchenrecht gewähre einerseits die positive Religionsfreiheit, daß jeder sich der Gemeinschaft seines Glaubens und seiner Wahl anschließen könne, ebenso aber auch die negative Religionsfreiheit, nicht zu glauben, wegzugehen. Die Regierungserklärung vom 18. Januar berechtige zu der Hoffnung, daß auch in Zukunft Raum bleibe für die Freiheit, den christlichen Glauben mit Wort und Tat im öffentlichen Leben zu bezeugen. Mancherlei persönliche Kontakte zwischen ihm, dem Vorsitzenden des Rats der EKD und dem ebenfalls in München wohnenden Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz hätten gezeigt, daß Christen heute viele Aufgaben *gemeinsam* anfassenden könnten: „nicht zuletzt deswegen, weil der eine in ähnlichen Nöten und Anfechtungen wie der andere steht“. In der Zusammenarbeit würden jedoch auch die Gegensätze wiederentdeckt: in der Auffassung vom Menschen, vom Staat und von der Kirche.

Die Synode machte sich auch selbst Gedanken, welchen Themen sie sich vordringlich zuwenden soll. 32 der 120 Synodalen hatten noch vor Beginn der Tagung einen entsprechenden

Antrag auf den Tisch gelegt. Einig war man sich darin, daß die in Gang gebrachte *Verfassungsreform* der EKD (vgl. HK, April 1972, 163 ff.) — zu den Entwürfen sollen die Landeskirchen bis Ende November Stellung nehmen — so bald wie möglich unter Dach gebracht werden soll, damit die Synode sich dann ihren eigentlichen Aufgaben widmen könne. Worin diese „eigentlichen Aufgaben“ bestehen, wurde dann aber ziemlich vordergründig vom Tagesgeschehen her beantwortet. *Weltmission* hieß das eine Thema, veranlaßt durch die Auseinandersetzungen um die Weltmissionskonferenz Anfang dieses Jahres in Bangkok (vgl. HK, April 1973, 206 ff.). Dabei geht es allerdings um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung: Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem ewigen Heil und dem irdischen Wohl? Wie weit muß die Kirche mit dazu beitragen, die Welt zu verändern? — Ferner wurden die Probleme der nicht in die Gesellschaft integrierten Gruppen, insbesondere der psychisch Kranken als besonders wichtig erklärt.

### Sucht nach Religion?

Dabei wäre das Referat, das der Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Pfarrer *Helmut Aichelin* (Stuttgart), vor der Synode hielt, durchaus geeignet gewesen, neue Horizonte aufzureißen. Unter dem Thema: „Weltanschauliche und religiöse Strömungen unserer Zeit in ihrer Bedeutung für den Auftrag der Kirche“ versuchte er in den Dschungel der unterschiedlichen und widerspruchsvollen religiösen und weltanschaulichen Strömungen der Gegenwart „ein paar Schneisen zu schlagen“.

Wenn die junge Generation wieder *ideologisch anfällig* ist und sich um die früher als einzig mögliche betrachtete Sachlichkeit und Objektivität wenig kümmert, dann ist das nach Aichelin ein unübersehbarer Hinweis darauf, „daß der Mensch es nicht aushält im pluralistischen Meer der Unverbind-

lichkeit“. Gesucht werde Verbindlichkeit, Kontur und Inanspruchnahme, und gefunden werde das alles in der kleinen Gruppe. Von der breiten Öffentlichkeit wenig zur Kenntnis genommen, habe sich auch in der Naturwissenschaft ein grundlegender Wandel vollzogen: Neben Materie und Energie, neben Stoff und Kraft zeichne sich mehr und mehr die Steuerungsfunktion der Information als die eigentlich tragende Grundgröße der von den Naturwissenschaften erfassbaren Wirklichkeit ab. Damit gehe besonders unter den jungen Intellektuellen eine Art *Kulturrevolution* einher. Die neuen Schlagworte Sensibilität, Kreativität und Spiritualität lassen nach Aichelin ein neues Fragen nach dem Humanum, dem eigentlich Menschlichen im Menschen erkennen. Damit verbunden sei ein Suchen nach Religion. „Sie haben doch in der Bibel“, so habe kürzlich ein Naturwissenschaftler der jüngeren Generation gesagt, „Erfahrungen über den Menschen durch hunderte von Jahren hindurch gespeichert, wir wären ja blind, wenn wir sie in dieser Zeit nicht wie aus einem Computer abrufen würden“.

Dieses *neu erwachende Bedürfnis nach Religiosität* suche jedoch seine Befriedigung mehr im weltanschaulich-religiösen Selbstbedienungsladen unserer Zeit als bei den Kirchen und kirchenähnlichen Verbänden wie den Sekten. Dadurch werde nicht nur die Kluft zwischen den Konfessionen, sondern auch zwischen dem christlichen Glauben und anderen Religionen eingeebnet. Die neue Scheidelinie verlaufe zwischen religiös im weitesten Sinne des Wortes und areligiös. Mit der formellen Autorität von Bibel und Kirche sei dagegen nichts auszurichten. Wenn Theologen sich darauf zurückziehen, sie hätten die Texte der Bibel auszuliegen, sei die Frage zu stellen, ob ihre Aufgabe nicht in Wahrheit darin bestehe, mit diesen Texten die Wirklichkeit zu deuten und — zu verändern.

In der Diskussion über Aichelins Referat wurde die Frage gestellt, ob die erwachende Sucht nach Religion nicht

auf die *Frustrationserfahrung* zurückzuführen sei, daß der einzelne doch nichts ausrichten kann. Religion also doch Opium des Volkes? — Diese Frage hätte allein schon eine ganze Synodaltagung verdient. In Coburg ging es aber vor allem darum, durch Wahlen wichtige Ämter zu besetzen und damit Weichen zu stellen für die Arbeit in den nächsten sechs Jahren.

### Schwierige Wahlen

Daß Prof. Raiser als Präses der Synode und Motor der Kirchenreform nur schwer zu ersetzen sei, war jedem bewußt. Der als Nachfolger vorgeschlagene Bonner Rechtsanwalt *Cornelius von Heyl* (40) brauchte drei Wahlgänge und konnte sich schließlich nur mit der relativen Mehrheit von drei Stimmen gegen den Akademiendirektor *Hans-Gernot Jung* (Geismar) durchsetzen. Obwohl von Heyl zehn Jahre lang (1960—1970) in der Kanzlei der EKD, zuletzt sogar als Oberkirchenrat tätig war, hatte er das Image, als Jurist ein Laie zu sein; ein Theologe als Präses der Synode wäre nach Gustav Heinemann, Constantin von Dietze und Ludwig Raiser ein Bruch mit der Tradition gewesen.

Noch schwieriger war die Wahl zum Rat der EKD. Sieben Wahlgänge waren erforderlich, bis seine 15 Mitglieder feststanden: Jedes von ihnen brauchte die Zweidrittelmehrheit der Synode. Dann mußten noch — ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit — der Vorsitzende des eben gewählten Rates und sein Stellvertreter festgestellt werden. Da Landesbischof Professor *Eduard Lohse* (Hannover) mit 116 und Kirchenpräsident *Helmut Hild* (Darmstadt) mit 108 schon im ersten Gang der Ratswahlen die meisten Stimmen erhalten hatten, hätte es nahe gelegen, ihnen diese beiden Ämter zu übertragen. Lohse wollte aber nicht kandidieren, da er erst vor anderthalb Jahren sein Amt vom Landesbischof Lilje übernommen hatte und sich verpflichtet glaubte, seine Arbeitskraft zunächst der Landeskirche widmen zu müssen.

Statt aber Hild an seine Stelle zu rücken, wurde nach einem ähnlich milden Lutheraner wie Lohse Ausschau gehalten. So kam der württembergische Landesbischof *Helmut Claß* zum Zuge, der im ersten Ratswahlgang der Stimmenzahl nach an vierter Stelle stand. Hild, der zweite, wurde sein Stellvertreter.

Das Gespann Claß/Hild könnte gerade in seiner Gegensätzlichkeit anregend, wenn nicht sogar aufregend werden. Claß ist von seinem Elternhaus her dem Pietismus und von seinem Werdegang her (als Diakonispfarrer in Herrenberg) der kirchlichen Liebestätigkeit zugewandt. Hild hat

als früherer Leiter der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit und des Gemeindeverbandes in Frankfurt ein Gespür für die gesellschaftlich-politische Ausstrahlung der Glaubensbotschaft. Alles wird davon abhängen, wie weit wirklich gelingt, was Claß unmittelbar nach seiner Wahl in einer Pressekonferenz als seine Absicht bekundete: Bei aller angestrebten gemeinsamen Willensbildung und Teamarbeit soll es innerhalb des Rates der EKD künftig zu einer Aufgabenteilung kommen. Wie weit der Vorsitzende und sein Stellvertreter dabei vorbildlich sind, wird wohl auch die anderen Mitglieder des Rates mit beeinflussen.

über die Einheitsschule publiziert und eine Diskussion des Dokumentes in breiten Teilen der Öffentlichkeit angekündigt. Die geplante Schulreform sieht eine „vereinheitlichte nationale Schulerziehung“ — nach dem Muster der Schulen in der DDR — vor. Sie hat das Ziel, den Schüler auf den „Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft“ vorzubereiten. Betroffen zeigte sich die Öffentlichkeit jedoch durch den in der Studie enthaltenen Zeitplan, nach dem noch während des laufenden Schuljahres 1973 mit der Veränderung der Curricula begonnen und die Durchführung der Schulreform bereits im Jahr 1974 abgeschlossen werden sollte. Begründet wurde der Zeitplan mit dem Argument, man dürfe keine Zeit verlieren, um die gegenwärtig herrschende strukturelle Krise des Erziehungswesens in positivem Sinn zu lösen (vgl. Informe ENU, S. 3, 2). Diese übereilte Realisierung der Reform, die im Widerspruch zur angeblichen Diskussionsbereitschaft der Regierung stand, führte zu heftigen Reaktionen der Gruppen, die in dem angekündigten Projekt die *Gefahr einer einseitigen marxistischen Indoktrination* zu sehen meinten. Im April waren in den Straßen von Santiago täglich streikende Schüler zu sehen. Besonders heftig wurden die Manifestationen, als durchsickerte, daß man bereits an einigen Gewerbeschulen mit der Reform begonnen hatte, ohne die Öffentlichkeit von diesen Versuchen zu informieren. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei, die schließlich mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Streikenden vorging, wurden etwa 150 Personen verletzt und 250 Demonstranten festgenommen.

## Chiles Bischöfe in Konflikt mit Allende?

Seit dem Regierungsantritt Allendes im Herbst 1970 war es stets interessant gewesen, die zurückhaltend-positive Haltung zu beobachten, die der *chilenische Episkopat* grundsätzlich gegenüber dem „chilenischen Weg zum Sozialismus“ eingenommen hat. Die Kirche schien entschlossen, die Regierung der Unidad Popular zu unterstützen, vorausgesetzt, daß diese den Rahmen der Legalität nicht verläßt. Dies war auch der Kern des Aufrufs der Bischöfe und eines Briefs von Kardinal *Silva Henriquez* an die Bevölkerung anlässlich der schweren innenpolitischen Krise im vergangenen Herbst (vgl. HK, Dezember 1972, 585f.). In den letzten Monaten dagegen war der Kardinal in Erklärungen gegenüber der Presse mehr als zurückhaltend und gab auf direkte Fragen nach einer Lösung der gegenwärtigen Konfliktsituation zwischen Kirche und Regierung nur der Hoffnung Ausdruck, sie möchten einer baldigen Lösung entgegengehen. Diese Haltung wird verständlicher auf dem Hintergrund der gegenwärtigen *Radikalisierung und Spaltung der nationalen Presse* in ein rechtes und linkes Lager, wobei es auf beiden Seiten zu pole-

mischen Auswüchsen und Manipulationen von Information kommt. Es ist der Hintergrund einer offiziell bestehenden Pressefreiheit, hinter deren Fassade jedoch indirekte staatliche Manipulationen sichtbar werden, wie der Versuch der Kontrolle der Papierzuteilung für die großen Tageszeitungen oder die Devisenkontrolle und gelegentliche Stromsperrungen, durch die Druck auf private Sender ausgeübt wird.

### Die Bischöfe wenden sich gegen den Plan der Einheitsschule

Zwei Themen vor allem belasteten in letzter Zeit das Verhältnis zwischen der Kirche und der Regierung: der Plan der *Einführung der staatlichen Einheitsschule* (ENU — Escuela Nacional Unificada) und die Hetzkampagne gegen den Direktor des von der Katholischen Universität Santiagos betriebenen *Fernsehkanals 13*, den katholischen Geistlichen *Raul Hasbún*. Das chilenische Unterrichtsministerium hatte unmittelbar vor Beginn des neuen Schuljahres im März eine Projektstudie des Schulexperten *Iván Nuñez*

Die ständige Kommission der chilenischen Bischofskonferenz hatte bereits am 27. März zur Einheitsschule Stellung genommen. Dieser Erklärung, der am 19. März eine schärfere Kritik des Erzbischofs von Valparaíso, *Emilio Tagle Covarrubias* vorausgegangen war, folgte am 11. April die Bestätigung durch die Vollversammlung der chilenischen Bischöfe in Punta de Tral-